

SVP-Politikerin Fehr unterstützt AL-Initiative

Bei der Kinderbetreuung schlägt ihr Herz ganz weit links

EGLISAU - ZH - Die Kinderbetreuungs-Initiative der Alternativen Linken will im Kanton Zürich Unternehmen in die Pflicht nehmen, eine Betreuungsabgabe zu leisten. Sie bekommen sogar Unterstützung aus einem prominenten SVP-Haushalt.



Unterstützerin der Kinderbetreuungsinitiative Ursula Fehr mit ihrem Ehemann Hans Fehr PAOLO FOSCHINI

Simon Huwiler

Es ist doch eher selten, dass eine Rechtspolitikerin eine Initiative einer linken Partei unterstützt. Noch weniger, wenn die Initiative von «Linksextremisten» stammt, wie Mörgeli einst in der «Weltwoche» die Alternative Liste bezeichnete.

Doch für die SVP-Politikerin Ursula Fehr gelten andere Kriterien. «Ich habe es selbst erlebt», sagt die Gemeindepräsidentin von Eglisau ZH zu BLICK. Damals, als junge Mutter, wollte die Gattin von alt Nationalrat Hans Fehr (ebenfalls SVP) Teilzeit als Lehrerin und später als Journalistin weiterarbeiten. «Ich bin aber in bürgerlichen Kreisen aufgewachsen und dies stiess auf wenig Verständnis und Akzeptanz.» Horte gab es zu dieser Zeit auf dem Lande kaum.



Ursula Fehr mit ihrem Grosskind zvg

Mittlerweile sind zwar Krippen wie Pilze aus dem Boden geschossen, mitgewachsen sind aber auch die Preise. In städtischen Gebieten können die Betreuungskosten durchaus das Einkommen wieder auffressen. «Ich sehe es jetzt bei meiner Tochter, die selbst zwei Kinder hat», sagt Fehr.

«Diese Generation ist noch besser ausgebildet, da kann es doch nicht sein, dass eine Frau nicht arbeiten gehen kann, weil die Preise für die Krippe zu teuer sind.» Und sie äussert auch Kritik an ihrer Partei. «Bürgerliche Kreise, vor allem die SVP, möchten heimische Arbeitskräfte bevorzugen. Da kann man aber nicht auf Frauen verzichten.»

Wirtschaft nicht erfreut

Mit der Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» der AL soll dieser Missstand behoben werden. Die Idee der Initianten: Jedes Zürcher Unternehmen bezahlt zwischen 0,2 und 0,5 Prozent der

AHV-pflichtigen Lohnsumme in einen Fonds.

Dieses Geld kommt Kindertagesstätten, Mittagstischen und anderen Betreuungsangeboten zugute und entlastet dadurch das Portemonnaie der Eltern. Dass die Initiative bei der Wirtschaft nicht gut ankommt, versteht sich von selbst, aber auch der Zürcher Kantonsrat empfiehlt ein «Nein» gegen die «Krippensteuer» einzulegen.

Ursula Fehr hingegen lässt sich daraus nicht aus der Ruhe bringen, sie kämpft weiter. Einige Unternehmen würden Mütter ja bereits fördern und Krippen anbieten. «Kleinere Unternehmen können sich das jedoch oft nicht leisten, möchten aber trotzdem etwas dazu beitragen. Mit dieser Initiative haben sie die Möglichkeit.»

Die Kritik kam prompt

Für ihr Engagement erhielt Fehr nicht nur Lob. «Viele haben sich gewundert, manche haben mich auch gerügt, dass ich diese Initiative unterstütze.» Als Politikerin ist für sie aber klar, dass man diese Kritik ertragen muss, «da muss man Rückgrat haben».

Und wie reagierte ihr Mann Hans Fehr, bekannt für seine stramme SVP-Linie, als er davon hörte? «Der hat grosse Augen gemacht», erinnert sich Frau Fehr an das Gespräch, «aber nicht zum ersten Mal» fügt sie gleich an. Ein Problem sei dies hingegen nicht, «wir diskutierten darüber, akzeptieren aber unsere manchmal gegensätzlichen Meinungen».

Bis zum Abstimmungssonntag vom 25. September wird Mutter und mittlerweile Grossmutter Fehr ihre beiden Grosskinder hüten – damit Tochter Nina trotzdem arbeiten gehen kann. «Kinder sind ein unglaublicher Schatz! Die bescheidenen Beiträge, welche die Unternehmen durch diese Initiative bezahlen müssten, sind gut investiertes Geld», ist sie sich sicher.

Publiziert am 02.09.2016 | Aktualisiert am 02.09.2016



MEHR ZUM THEMA

Hardliner mit weichem Herz SVP-Fehrs Liebesbrief an seine Büsis

Kosten für Kinderbetreuung In diesem Kanton kostet Babysitting am wenigsten

Familien-Entwicklungsland Schweiz Diese Firmen sind Eltern-freundlich

Familien-Hölle Schweiz «Das können wir uns nicht leisten»

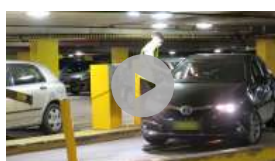
FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh «Verglichen mit der EU sind wir Schlusslicht»

Albert Rösti zum Brexit SVP will einseitige Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative

TOP-VIDEOS



Wie herzlos kann man sein?
Welpen im Plastiksack entsorgt



Miese Nummer!
Parkhauswächter klaut Tickets



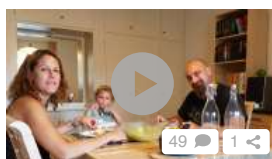
Auto-Zerquetschen für Anfänger
Monster-Truck macht Monster-Pflatsch!



Make-up-Tutorial mit Julia Graf
Abschminken leicht gemacht!



Ausgestrippt
Dieser Lapdance nimmt ein rabiaten Ende



Sogar während der Schwangerschaft
Basler Familie lebt seit sechs Jahren vegan

17 KOMMENTARE

Ulrich Becker
03.09.2016

Am einfachsten wäre es doch, Familien mit Kindern einen Steuerbonus zu gewähren. Ach so, das träge Leviathan selbst. Geht nun gar nicht.

5 1

Melden

René Pfister
aus Zürich
03.09.2016

Es ist so. Wenn heute ein Ehepaar Kinder haben will und man die Kinder nicht privat betreuen kann droht die Armut, kein Wunder das immer weniger Schweizer Kinder haben wollen. Also was tun? Tagesschulen und Kindertagesstätten einrichten dies aber nicht den privaten überlassen sondern der Staat sollte das übernehmen und die Kosten auf die Steuern draufschlagen. Wenn wir das nicht tun sterben die Schweizer im eigenen Land aus.

44 23

Melden

Iani K
03.09.2016

Das Engagement von Frau Fehr begrüße ich sehr. Der aktuelle bürgerlich geprägte AHV Revisionsvorschlag sieht einen Wegfall der Witwenrente vor, wenn die Kinder gross sind. Das heisst, Frauen MÜSSEN arbeiten gehen, damit sie im Alter nicht zum

Sozialhilfebezüger werden möchten. Wer denkt, Kinder seien Privatsache, glaubt noch an den Weihnachtsmann....

 51  21

[Melden](#)

Rolf Hess
03.09.2016

Es darf einfach für die Arbeitgeber wieder nichts kosten, sonst können sie die horrenden Boni und Gagen der Bosse nicht mehr so hoch halten. Alles andere, etwa noch mehr mithelfen im Sozialbereich, ist ihnen immer fremder geworden. In den 70er Jahren beispielsweise hatten noch sehr viele Buden Kinderhorte, in die die Arbeiterinnen die Kinder bringen konnten. Auf Kosten der Allgemeinheit und zu Gunsten des Geldsäckels wurden diese von den Bossen aus den Betrieben verbannt. So ist die Realität.

 76  12

[Melden](#)

Fritzpeter Friedli
, via Facebook
03.09.2016

Das finde ich sehrgut von der SVP-Politikerin Frau Fehr, dass sie die AL-Initiative unterstützt. Es ist sehr wichtig, dass wir unsere Reproduktion selber fördern. Unsere gut ausgebildeten Frauen mit Kindern, sollten im Beruf so früh wie möglich mit verschiedenen Arbeitszeit- Modellen ausser Haus können. Die Krippen müssen für die Familien zahlbar sein, das Haushaltbudget sollte nicht jeden Monat auf Fr. 0.00 strapaziert werden. Oder sollen Fremde aus anderen Kulturen für uns den Nachwuchs haben?

 51  21

[Melden](#)

[7 weitere Kommentare anzeigen](#)